



Book Review „(Gegen-) Orte der Demokratie?“

B. Korf

Correspondence to: B. Korf (benedikt.korf@geo.uzh.ch)

Agamben, G., Badiou, A., Bensaid, D., Brown, W., Nancy, J.-L., Rancière, J., Ross, K., and Žižek, S.: *Demokratie? Eine Debatte*, Frankfurt a.M., Suhrkamp, 137 pp., ISBN-13: 978-3-518-12611-0, €14.00, 2012.

„Demokratie? Eine Debatte“ lautet der Titel dieses kleinen Bändchen, das jüngst im Suhrkamp-Verlag erschienen ist. Denkt man an die deutschsprachige (Politische) Geographie, müsste man wohl fragen: *welche* Debatte? Der Gegenstand der Demokratie – als Begriff, als Phänomen, als empirischer Untersuchungsgegenstand, als normatives Ideal – ist in der dortigen Fachdiskussion kaum auszumachen. Zwar beschäftigt sich die gegenwärtige Politische Geographie mit Fragen der Politik oder der Politischen Ökonomie demokratischer Gesellschaften, mit Gouvernamentalität, mit öffentlichen und privatisierten Räumen, mit Planungsprozessen, mit Bürgerinitiativen, mit Widerstandsbewegungen – aber eine dezidierte Auseinandersetzung mit dem Begriff der Demokratie westlicher Prägung findet ausserhalb des Faches statt. Umso mehr ein Grund, dieses Bändchen zur Hand zu nehmen und die darin versammelten Autorinnen und Autoren einer kritischen Lektüre zu unterziehen.

Eine Apologetik westlich-liberaler Demokratie wird man in diesem Band allerdings vergeblich suchen. Alle Autorinnen und Autoren teilen eine grundlegende Skepsis gegenüber den Verfahren der parlamentarischen Demokratie und der liberalen Rechtsstaatlichkeit. Es ist aber nicht so sehr eine vermeintliche populistische Entartung in Richtung „Postdemokratie“ (Colin Crouch, 2007), die den hier versammelten Autorinnen und Autoren negativ aufstösst. Vielmehr wird der Begriff Demokratie selbst zum „leeren Signifikant“ (Wendy Brown, S. 55) erklärt; die Diskussion über Demokratie drohe, wie Giorgio Agamben schreibt, „zum Geschwätz zu verkommen“ (S. 12). Mit Demokratie, so scheint es, ist kein Staat (mehr) zu machen. Oder müssen wir nicht eher „Demokratie gegen den Staat“ (Abensour, 2012) denken? Vielleicht rührt die Grundsatzkritik an der realen Ausformung der Demokratie von einem normativen Ideal her, das Christi-

an Meier (1983) als (Geburts-) Moment des Politischen bei den antiken Griechen identifiziert hat: die Entstehung des Politischen als Moment, in dem alle menschlichen Wesen eine Chance auf Teilnahme und Teilhabe am Gemeinwesen erringen – obwohl dieser Moment schon bei den Griechen mit Kriterien des Ausschlusses verknüpft war, um eben zu definieren, wer dazugehört und wer nicht.

Wo aber findet Demokratie statt? Die Beiträge in diesem Bändchen lokalisieren den Raum der Demokratie an unterschiedlichen – realen und metaphysischen – Orten. Oft, so scheint es, wird der Raum einer „wahren“ Demokratie eher als „Gegenort“ zur real existierenden Politik in Parlamenten, Regierungen und Parteien definiert. Oliver Marchart hat diese Gegenüberstellung – durchaus apologetisch – unter dem Begriff der „politischen Differenz“ gefasst: Politik als institutioneller Ort der alltäglichen Praxis von Politik ist zu trennen vom ontologischen Grund des Politischen, dem, was dem Politischen wesenshaft zugrunde liege. In dieser Differenz wird Politik zum alltäglichen Geschäft, und „das Politische“ in irgendeiner Form überhöht, als besonderer Moment, ein besonderes Ereignis, dem eine überlegenere Kraft innewohnt. Jacques Rancière formuliert eine ähnliche Differenz, indem er Politik als Ereignis von der institutionalisierten „Polizei“ unterscheidet. Mit dieser „Politischen Differenz“ ist immer auch eine Distanzierung zur liberalen Demokratie westlicher Prägung verbunden, die Politik betreibt, aber oft „das Politische“ nicht mehr denkt. Ulrich Beck (1993) schreibt dazu (und ich greife ihn hier auf, obwohl seine Schriften von den Autorinnen und Autoren dieses Bandes eher kritisch gesehen werden): das Politische ist der Austragungsort der reflexiven Regelveränderung – der Ort, wo grundsätzliche Auseinandersetzungen geführt werden, dort, wo das, was eine Gemeinschaft verbindet, diskutiert wird. Und letzteres, darin scheinen die Autorinnen und Autoren übereinzustimmen, ist der Ort der Demokratie – doch dieser Ort ist nicht notwendigerweise in den Parlamenten, bei Wahlen usw. vorzufinden, sondern anderswo.

Auf der Suche nach diesem „Anderswo“ der Demokratie landen die verschiedenen Autorinnen und Autoren an sehr unterschiedlichen Orten. Giorgio Agamben und Alain Badiou kehren zu den Lehren der antiken Griechen zurück, wobei Agamben dann über Foucault bei Rousseau landet. Für Agamben entsteht das Paradox der Demokratie also vor allem aus einer philologischen Konfusion. Alain Badiou hingegen plädiert für einen platonisch inspirierten „Aristokratismus für alle“. Damit bringt Badiou ein von vielen Autoren des Bandes geteiltes Misstrauen gegen die Masse als verblendete Subjekte zum Ausdruck. Laut Badiou hat die moderne Mediendemokratie eine einfältige Spassgesellschaft hervorgebracht – und Badiou versteht hier offensichtlich keinen Spass. Etwas humorvoller nimmt sich Slavoj Žižek dieser Problematik an: jeder normale Bürger in der Demokratie sei mit einem König in einer konstitutionellen Monarchie zu vergleichen: er darf nur formal entscheiden; die Verordnungen werden ihm von einer ausführenden Verwaltung vorgelegt. Für Žižek sind Wahlen nicht notwendigerweise ein Wahrheitsereignis, können aber dazu werden, wenn „die Mehrheit ... aus der skeptisch-zynischen Trägheit ‚erwacht‘ und gegen die hegemoniale ideologische Meinung stimmt“ (S. 119). Genau dies scheint für Žižek das Problem zu sein: in der institutionalisierten Demokratie geht das „terroristische“ Potential verloren, das den Antagonismus des Politischen dazu bringt, den „allgemeinen Begriff der Gesellschaft selbst“ in Frage zu stellen.

Was in diesen Gedanken zum Ausdruck kommt ist eine Sehnsucht nach dem demokratischen Moment als Ereignis, als Erregungszustand, als Heroismus des Widerstands – der Occupy-Moment. Die „wahre“ Demokratie entsteht in einer Art Ausnahmezustand, der latent – als „permanenter Skandal“ (Bensaïd) – immer schon im Untergrund rumort und darauf wartet, die institutionalisierte Politik, die Polizei in Rancière's Terminologie, zu stören. Rancière geht es vor allem um die Sichtbarmachung, die Möglichkeit, Gehör zu finden. Es scheint, dass sich einige Autorinnen und Autoren in diesem Band diesen Moment der Sichtbarmachung auch als gewalttätigen Akt vorstellen können – oder im Umkehrschluss, als Unterbrechung der obsessiven Aktivität in Form von Gewaltlosigkeit und Inaktivität – eine magische passive Revolution (Žižek denkt hier an Ghandi). Aber wer definiert eigentlich, welche Störung, welche *rupture* politisch ist, normativ notwendig oder rechtfertigungsfähig? Das wäre an sich schon wieder ein politischer Akt – ein Austragungsort reflexiver Regelveränderung, wie Beck es nennt.

Daniel Bensaïd hält in seinem lesenswerten Beitrag *contra* Badiou und Žižek fest, dass man eine emanzipatorische linke Perspektive verfolgen kann, „ohne vor Stalin seinen Hut zu ziehen“. Diese Einstellung wendet sich gegen eine pauschale Verächtlichmachung der „Mehrheit“. Radikale Demokratie stellt zwar auch für Bensaïd einen permanenten Skandal dar, der die Verfestigungen jeder formalen Institutionalisierung aufbricht – als unabgeschlossenes Projekt, das aber Herrschaft grundsätzlich egalitär – und nicht elitär – be-

gründet, als Herrschaft derjenigen, die weder dafür besonders geeignet sind noch einen spezifischen Anspruch erworben haben. Demokratie bietet dann einen politischen Raum für Otto Normalverbraucher und Achim Angepasst, die ihren Platon, Mao oder Marx noch nicht gelesen haben und wahrscheinlich auch nicht lesen werden. Es spricht aber auch dann nichts dagegen, eine kritische Bilanzierung der (post-) demokratischen Realitäten zu ziehen, wie es zum Beispiel Wendy Brown in ihrem Beitrag tut, wenn sie die Tendenz zur Entdemokratisierung brandmarkt. Brown sieht diese Entdemokratisierung durch den zunehmenden Einfluss von Konzernmacht, Politmarketing, Marktgläubigkeit (sie nennt dies neoliberale Rationalität) und Verrechtlichung politischer Entscheidungen am Werk.

Und dennoch: für alle Autorinnen und Autoren scheint Demokratie vor allem ausserhalb der Institutionen geboren zu werden. Man könnte auch anders sagen: Es weht durch alle Beiträge ein Geist des Anarchismus – Bensaïd verweist explizit auf Rancière's Diktum, Politik sei im engen Sinne anarchistisch. Anarchismus als Erregungszustand, als Ausnahmezustand, der die bestehende Ordnung irritiert, unterläuft oder ganz aus den Hebeln hievt. Es scheint mit der institutionellen Phantasie bei diesen Autorinnen und Autoren nicht weit her zu sein, resümiert Robin Celikates (2012) leicht süffisant in seiner Rezension des Bandes: finden sich denn nicht auch innerhalb bestehender Institutionen Spielräume zur politischen Auseinandersetzung und schlussendlich zur Veränderung? „Vernünftig ist, wer den Ausnahmezustand vermeidet“ schreibt Odo Marquard (2003:260). Marquard geht es um eine Apologie der Bürgerlichkeit, des Normalzustandes. Könnte es nicht auch interessant sein, gerade die Banalität der Demokratie in ihrer (institutionalisierten) Alltagspraxis in den Blick zu nehmen? Aber um „Vernunft“ geht es den Autorinnen und Autoren in diesem Band wohl gerade nicht. Das würde zu sehr nach Habermas klingen.

Demokratie? Die Debatte hat gerade erst begonnen und die (deutschsprachige) Politische Geographie wäre gut beraten, nicht weiterhin abseits zu stehen.

Literatur

- Abensour, M.: Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellische Moment, Suhrkamp, Berlin, 2012.
 Beck, U.: Die Erfindung des Politischen, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1993.
 Celikates, R.: Eine für alle. Süddeutsche Zeitung, S. 14, 29. August 2012.
 Crouch, C.: Postdemokratie, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2007.
 Marchart, O.: Die Politische Differenz, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2010.
 Marquard, O.: Apologie der Bürgerlichkeit, in: Zukunft braucht Herkunft, Philosophische Essays, Stuttgart, 247–260, 2003.
 Meier, C.: Die Entstehung des Politischen bei den Griechen, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1983.